

Pressemitteilung 11.12.2018

Beratung für Betroffene
von rechter und
rassistischer Gewalt

*Counselling for persons
subjected to right-wing
and racist violence*

تقديم الدعم والتوجيه لضحايا
العنف اليميني والعنصري

*Service de conseil et
d'assistance pour les
personnes touchées par
la violence à caractère
raciste et d'extrême
droite*

„Von den Behörden ist kein Schutz zu erwarten“ Rechte Gewalt in Hessen: Beratungsstelle response hat Beratungsfälle 2018 verdoppelt / Mehr Prävention in Behörden gefordert – das untermauern auch die Berichte über rechtsextremistische Polizist*innen in Frankfurt

FRANKFURT/KASSEL. Fast 100 Betroffene von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt haben sich im laufenden Jahr an die in der Bildungsstätte Anne Frank angesiedelte Beratungsstelle response gewendet – fast doppelt so viele wie 2017. „Die Fälle, die response bearbeitet und dokumentiert hat, zeigen das Ausmaß der rechten und rassistischen Gewalt in Hessen – von Gewalt gegen Geflüchtete, rassistischem Mobbing in der Schule, Rassismuserfahrungen am Arbeitsplatz, antisemitischen Übergriffen, Hate Speech im Internet, islamfeindlich motivierten Taten bis zu Angriffen auf linke Gewerkschafter und Polizeigewalt“, sagt response-Leiterin Olivia Sarma. In immer mehr Fällen spielen Straf- und Gerichtsverfahren eine Rolle; hier begleitet response Betroffene u.a. dabei, Zugang zu anwaltlicher Vertretung und finanziellen Hilfen zu erhalten.

Das Vertrauen in die Sicherheits- und Ermittlungsbehörden bezeichnen viele Beratungsnehmenden jedoch als erschüttert, viele haben eher Berührungsängste mit Polizei und Staatsanwaltschaft. „Für uns ein Alarmsignal, sollten doch alle Bürger*innen diese rechtsstaatlichen Organe als Institutionen in ihrem Dienste wahrnehmen.“ Fast alle Beratungsnehmer*innen berichten von einer Täter-Opfer-Umkehr durch Zeug*innen oder Behörden – also der Zuschreibung, sie seien selbst verantwortlich für den Übergriff oder hätten ihn zumindest provoziert. Die **Berichte über Rechtsextremist*innen bei der Frankfurter Polizei** oder ein mutmaßliches rechtes Terrornetzwerk um den Bundeswehrsoldaten „Hannibal“ würden das Sicherheitsgefühl der Betroffenen massiv beeinträchtigen, so Sarma. Aber auch die **mangelnde Bereitschaft der Behörden, den NSU Komplex aufzuklären, und die drastische Verharmlosung der rassistischen Gewalt in Chemnitz durch den ehemaligen Verfassungsschutzpräsidenten** sendeten für gesellschaftliche Minderheiten verheerende Signale: „Die Botschaft an die Betroffenen ist eindeutig: Von den Behörden und der Mehrheitsgesellschaft ist kein Schutz zu erwarten.“

Eine Verbesserung der Aus- und Weiterbildung von Polizist*innen fordert der Direktor der Bildungsstätte Anne Frank, Dr. Meron Mendel: „An Schulen wird viel über die Prävention von Rassismus und Antisemitismus diskutiert. Aber was ist mit der Prävention in Behörden? Mit unserem Beratungsangebot für pädagogische Fachkräfte und durch Projekte wie das Netzwerk 'Schule ohne Rassismus' sensibilisieren wir Lehrer*innen und Schüler*innen für den Umgang mit unterschiedlichen Formen von Diskriminierung. Solche Angebote sollten auch für Behörden oder die Polizeiausbildung ausgebaut werden“. Mit dem Landeskriminalamt und der Bundespolizei habe die Bildungsstätte Anne Frank, in der die Beratungsstelle response angesiedelt ist, bereits vereinzelt Fortbildungen organisiert und gemeinsame Erfahrungen gesammelt.

Büro Frankfurt

Hansaallee 150
60320 Frankfurt am Main

069 / 56 000 241
kontakt@response-hessen.de

Büro Kassel

Kleine Rosenstraße 3
34117 Kassel

0561 / 72989700
kassel@response-hessen.de

response-hessen.de

Ein Angebot
der Bildungsstätte
Anne Frank



Rechtsextremistische Netzwerke in Hessen

Mehr Sensibilität in den Behörden ist laut Mendel angesichts des erstarkenden Rechtsrucks und des Mobilisierungspotentials der gewaltbereiten rechten Szene dringend geboten. An den rassistischen Ausschreitungen in Chemnitz waren auch hessische Rechtsextreme beteiligt.

Neben rechtspopulistischen Aktivitäten sind in Hessen vermehrt Aktionen der Identitären Bewegung zu verzeichnen, die etwa mit Plakat- und „Sponti-Aktionen“ wie in Marburg in Erscheinung getreten sei, sagt Dr. Reiner Becker, Leiter des Demokratiezentrum Hessen. Auch die NPD sei trotz des sehr schlechten Wahlergebnisses und der sinkenden Resonanz auch in Hessen wieder sichtbar und aktiver geworden. Insgesamt führe die polarisierte Stimmung der Gesellschaft, die mit dem weiterhin wachsenden Rechtspopulismus zusammenhängt, zu großen Unsicherheiten: „Auch Lehrer*innen, kommunale Verwaltungsträger*innen, Kirchen sowie Vereine und Verbände haben 2018 vermehrt Bedarf nach Beratung und nach Angeboten zur Prävention und politischer Bildung in Hessen angemeldet.“ Es bleibe abzuwarten, ob mit dem Einzug der AfD in den hessischen Landtag diese Polarisierung weiter zunimmt.

Verdoppelung der Fälle: Beratungsangebot ist bekannter

Ob der signifikante Anstieg der Beratungsanfragen mit einem quantitativen Anstieg rassistischer, antisemitischer und rechter Gewalt zusammenhänge, lasse sich nicht eindeutig beantworten, betont Olivia Sarma: „Mit Sicherheit können wir nur sagen, dass mehr Betroffene von unserem Angebot wissen und sich bei response Unterstützung holen.“

Dazu hat vor allem die Kampagne #istalltag beigetragen, die response im April auf den Social Media-Kanälen und in hessischen Kinos gestartet hatte: Clips von Regisseur Lars Becker mit den Filmschauspieler*innen Kida Khodr Ramadan und Victoire Laly in den Hauptrollen zeigen typische Situationen, in denen Betroffene Alltagsrassismus erleben. In Folge der Kampagne sind die Beratungsanfragen merklich angestiegen.

response - ein Angebot der Bildungsstätte Anne Frank

response berät, begleitet und unterstützt Menschen in ganz Hessen, die von rechtsextremem, rassistischem, antisemitischem, antimuslimischem und antiziganistischem Gewalt betroffen sind. Neben den Standorten Kassel und Frankfurt ist response mobil in ganz Hessen unterwegs. Auf seiner Chronik dokumentiert response hessenweit Fälle rechter und rassistischer Gewalt: www.response-hessen.de/chronik

response wird im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie im Rahmen des Landesprogramm „Hessen – aktiv für Demokratie und gegen Extremismus“ durch das Hessische Ministerium des Innern und für Sport gefördert.

Pressekontakt

Eva Berendsen, Leitung Kommunikation, Bildungsstätte Anne Frank

eberendsen@bs-anne-frank.de, 069 - 56 000 232

www.bs-anne-frank.de

www.response-hessen.de